

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 9

Artikel: Sicher mehr Atomkraft - und sonst?
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicher mehr Atomkraft – und sonst?

Vom 14. bis 28. März fand der tschechoslowakische Parteikongress statt, der im Gegensatz zu einigen Erwartungen die Führerablösung hinausschob (siehe Nr. 7/1986). Unbewältigt sind noch andere Fragen, und scheinbewältigt ist die Frage der Kontinuität. Man sprach vom 17. Kongress, obwohl es sich um den 18. Kongress gehandelt hat.

Der «17.» Kongress

Warum «17.» in Anführungszeichen? Die Antwort führt uns ins Jahr der sowjetischen Invasion zurück. Der 14. (ausserordentliche) Parteikongress wurde am 22. August 1968 abgehalten. Am Tag zuvor fand die Invasion statt, und die KP der Sowjetunion zwang die KP der Tschechoslowakei (KPTsch) in der Folge zur Annulierung des 14. Kongresses. So wird Geschichte neu geschrieben – und wirkt sich dennoch bis in die Gegenwart aus.

Auch der «17.» Parteikongress ist von den 68er Ereignissen betroffen: Es fehlt die Hoffnung auf Reformen und Verbesserungen. Trotzdem ist dieser Anlass von Interesse, weil er nicht nur über die Tschechoslowakei etwas aussagt, sondern auch über die neue Sowjetpolitik gegenüber den Satelliten.

Der 14. (ausserordentliche) Kongress

Das Plenum des Zentralkomitees der KPTsch berief am 1. Juni 1968 mit einer Resolution gemäss Art. 24 des Parteistatuts den 14. (ausserordentlichen) Parteikongress auf den 9. September ein. Als «ausserordentlich» wurde er bezeichnet, weil der ordentliche 14. Kongress erst im Mai 1970, vier Jahre nach dem 13. Kongress, stattfinden sollte.

Die Vorbereitungen wurden sofort an die Hand genommen. Aber in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 setzte die Invasion ein, und die Tschechoslowakei wurde von Truppen des Warschauer Paktes besetzt. Vermutlich sollte damit auch die Durchführung des vorgesehenen Kongresses verhindert werden. Doch der Vorstand der Prager Stadtpartei unter Sekretär

Bohumil Simon berief den Kongress nun unverzüglich ein, und zwar in einer Fabrik in Vysocany, einem der wichtigen Industriebezirke Prags. Der Kongress musste wegen der Besatzungstruppen im Untergrund geheim durchgeführt werden. 1290 der statutarischen 1543 Delegierten (83 Prozent) wohnten ihm bei.

Die fehlenden Delegierten konnten in drei Gruppen eingeteilt werden: 1. die Sowjetagenten in der KPTsch; 2. die Delegierten namentlich aus der Parteiführung, die wie Alexander Dubček von den Sowjettruppen sogleich ver-

haftet worden waren; 3. die Delegierten aus der Slowakei, die nicht mehr nach Vysocany reisen konnten.

Der Kongress wählte ein neues Zentralkomitee und eine neue Parteiführung aus Reformern – genau wie das auch am 9. September der Fall gewesen wäre. Die Gremien wurden von Regierung und Nationaler Front anerkannt. Erst im September 1969, fünf Monate und zwei Plenumsitzungen nachdem Gustav Husak die Nachfolge Dubčeks angetreten hatte, wurde



Links der Sowjetdelegierte Solomenzew, rechts Husak. (Bild «Rude Pravo», Prag)

der Kongress annulliert. Es besteht kein Zweifel darüber, dass die entsprechende Resolution unter sowjetischem Druck zustande kam: Sie beschrieb den Kongress als «illegal» und als das «Ergebnis unerlaubter Spaltertätigkeit». Der nächste Kongress vom Mai 1971 wurde daher als der 14. bezeichnet.

Die Tschechoslowakei und die UdSSR

Zu Beginn seines Berichtes an den jetzigen Kongress führte Generalsekretär Husak am 24. März aus: «Die Vorbereitungen zu unseren Debatten sind durch den 27. Kongress der KPdSU und dessen Vorgeschichte befruchtet worden.» Er zollte Gorbatschows Bericht den geschuldeten Tribut, lobte den «leninistischen Geist» und unterstrich seinen «starken Einfluss auf die Tschechoslowakei.»

Mit mehr Pathos als Fakten hob er hervor: «Die Achtung und der Einfluss der Tschechoslowakei in der Welt entspringen der erfolgreichen und ausgewogenen Entwicklung unserer Gesellschaft und der festen Stellung unseres Staates in der sozialistischen Gemeinschaft.» Er und Ministerpräsident Lubomir Strougal riefen das Land zur weiteren Integration im RGW auf.

Der sowjetische Chefdelegierte am tschechoslowakischen Kongress, Michail Solomonzew, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender der Kontrollkommission der KPdSU, mit Jahrgang 1913 just gleich alt wie Gustav Husak, würdigte die tschechoslowakische Politik seit der Invasion: «Dieses tiefgründige und gewichtige Dokument (nämlich Husaks Bericht) fasst die Ergebnisse der Arbeit von Partei und Volk . . . im Zeitraum seit dem 14. Parteikongress zusammen», der im Mai 1971 die Krise offiziell als beendet erklärte. «Die politische Arbeit jener Jahre beweist die Richtigkeit und Wirksamkeit des politischen Kurses, den Ihr eingeschlagen habt . . . Hohes Lob für die höchsten Gremien der sowjetischen Kommunisten und der Wunsch, alle Ziele zu erreichen, erschallten von dieser Bühne. Dank Euch, liebe Genossen, für diese warmen Worte und für die unverbrüchliche Solidarität mit unserer Partei und unserem Volk.»

Die Wahl Solomonzews als Delegationsleiter war nicht das höchste Lob, das der Krenl bekunden konnte, obschon Solomonzew dem Politbüro seit 1971 als Kandidat und seit Dezember 1983 als Vollmitglied angehört. An den bulgarischen Parteikongress entsandte die KPdSU Ministerpräsident Ryschkow und an den ostdeutschen gar Generalsekretär Gorbatschow. Man ist gespannt, wer die Sowjetunion am polnischen Parteikongress vertreten wird, der am 29. Juni eröffnet werden soll.

Aussenpolitik

Zu Beginn seiner Rede stellte Husak fest: «Unsere Partei geht zum 17. Kongress mit dem Gefühl hoher Verantwortung gegenüber unserem

Volk und der internationalen revolutionären Bewegung.» Damit setzte er bereits engste Grenzen für den etwas später geäusserten Wunsch nach «gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit» mit «kapitalistischen» Ländern und für die Erklärung: «Wir befürworten einen offenen, ehrlichen und fruchtbaren Dialog, der das gegenseitige Vertrauen fördert.» Er fügte auch den in der sowjetischen Sprachregelung seit einiger Zeit üblichen Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit «sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien» bei.

Offensichtlich zählte Husak auf das kurze Gedächtnis seiner Zuhörer, die das Wissen verdrängt haben, dass die Angst vor der Renaissance einer sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei einer der Gründe für die sowjetische Invasion 1968 gewesen ist. Tatsächlich hat ein Plenum des Zentralkomitees der KPTsch im Dezember 1970 unter sowjetischer Vormundschaft in einer Schrift «Die Lehren» festgehalten: «In der antikommunistischen Absicht, die auf der Demagogie des sogenannt demokratischen Sozialismus gründet, war eine wichtige Rolle der Sozialdemokratie zugemessen, die sich im organisatorischen Aufbau befand.» Die Schrift «Die Lehren» wurde in der Parteizeitung «Rude Pravo» vom 14. Januar 1971 veröffentlicht.

Das Leninsche Prinzip der Föderation

Husak verwendete den Begriff «leninistisch» in seinem Bericht als unbestrittene Qualitätsbezeichnung. Nirgends war dieser Begriff sinnloser als in der Phrase vom «leninistischen Prinzip der föderativen Verständigung im Staat». Tatsächlich wurde die Tschechoslowakei im Oktober 1968 zur föderativen Republik erklärt. Darum ist es angebracht, Lenins Bemerkungen zum Föderalismus in Erinnerung zu rufen. In

einem längeren Aufsatz «Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage» schrieb er 1913:

«Die Marxisten stehen selbstverständlich der Föderation und der Dezentralisation feindlich gegenüber, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Sozialismus für seine Entwicklung möglichst grosse und möglichst zentralisierte Staaten verlangt. Unter sonst gleichbleibenden Umständen wird das klassenbewusste Proletariat stets für einen grösseren Staat eintreten. Es wird stets . . . den möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenschluss zu grossen Territorien begrüssen, auf denen sich der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie breit entfalten kann.» «Lenin», Werke, Band 20, S. 31)

1920, sieben Jahre später, drei Jahre nach der Machtübernahme, schrieb Lenin im «Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage»: «Die Föderation ist eine Übergangsform zur nötigen Einheit der Werktätigen verschiedener Nationen.» (31, 135)

Das erste Zitat deutet an, dass zentralisierte «kapitalistische» Staaten schwächer sind und leichter unter den revolutionären Druck der Kommunisten gesetzt werden können. Indes war Lenin auch der Überzeugung, dass nach der erfolgreichen Revolution ein Land und besonders dessen Wirtschaft zentral geleitet werden müssen. Das hat er im Mai 1918 in einer Artikelserie in der «Prawda» unter dem Titel «Über «linke» Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit» unterstrichen: «Sozialismus ist undenkbar ohne grosskapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist, ohne planmässige staatliche Organisation, die dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält. Davon haben wir Marxisten stets gesprochen, und es lohnt nicht, auch nur zwei Sekunden für ein Gespräch mit Leuten zu verschwenden, die nicht einmal das begriffen haben.» (27, 339)

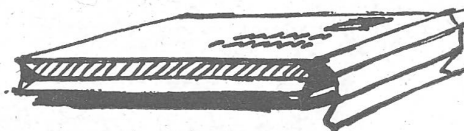
Inzwischen hat die Erfahrung alle kommunistischen Führer – mit der Ausnahme vielleicht von Präsident Ceaucescu von Rumänien – gelehrt, dass dieses Rezept verfehlt ist. Sie wurden zu Leuten, an die Lenin keine «zwei Sekunden» verschwendet hätte. Denn sie bewegen sich auf eine gewisse Dezentralisation zu und richten an die Vorzüge zentraler Planung kaum noch mehr als Worte doktrinärer Solidarität.

Die tschechoslowakische Wirtschaft

An einer Prager Parteikonferenz im Vorfeld des 17. Kongresses erklärte Husak am 15. Februar 1986: «Wir werden die gesamte komplexe Infrastruktur modernisieren müssen. Wir werden den Unternehmungen und kleineren wirtschaftlichen Einheiten grössere Verantwortung einräumen, derweil die wichtigsten Fragen vom Zentrum entschieden werden, intelligent entschieden, indem wir die Planung und Verwaltung auf allen Ebenen verbessern.»

Rivoli - MAXI - Taschen

aus 150 gr. zähem Kraftpapier, braun
ungebleicht = umweltschonend
Mit 40 mm Boden- und Seitenfalten.



Ein Kleinpaket in 10 Sekunden fertig.
Inhalt bis 40 mm dick einschieben,
Schutzband abheben und zudrücken!
Exklusiv von Rivoli

Preis pro Stück: ab	100	500	1000
C 4 (229 x 324)	-.49	-.44	-.39
B 4 (250 x 353)	-.54	-.49	-.44

Gratismuster bei Ihrer Druckerei oder durch

✉ Rivoli-COUVERTS ☐
4411 Seltisberg BL / Tel. 061 · 96 95 93

Hier findet sich ein bescheidener Hinweis auf die Dezentralisierung, wobei die übrige Aussage kaum eine «Modernisierung der Infrastruktur» verheisst. Noch zurückhaltender äusserte sich Husak am Kongress selbst: «Wir müssen der Verbesserung der zentralen Verwaltung und Planung sowie der Erhöhung ihrer Verständlichkeit besondere Aufmerksamkeit schenken . . . Hand in Hand mit einer verbesserten zentralen Verwaltung und Planung müssen wir die Autonomie und Buchführung der Unternehmen stärken.»

Ministerpräsident Strougal ging einen Schritt weiter, wenigstens was die Landwirtschaft betrifft: «Wir erhöhen die Wirksamkeit der Verwaltung landwirtschaftlicher Unternehmungen, indem wir ihnen für ihre eigenen Entscheidungen einen wesentlich grösseren Spielraum als je in der Vergangenheit einräumen.» Hier ist anzumerken, dass sich die Landwirtschaft am wenigsten für eine zentralisierte Planung eignet, und sei es nur, weil es in einem Gebiet mehr regnet als in einem andern. In der Agrarpolitik hat denn auch die kommunistische Planwirtschaft ihr Versagen am offensichtlichsten dokumentiert.

Gorbatschows Erklärungen vom 25. Februar am sowjetischen Parteikongress waren ähnlich zwiespältig. Er forderte «ein ganzheitliches, wirksames und flexibles System der Wirtschaftsführung» und betonte: «Eine radikale Reform ist nötig.» Er sprach sich für eine verbesserte Wirksamkeit der zentralen Planung aus, zugleich aber auch gegen eine Beeinflussung der operationellen Tätigkeit in den Unternehmen durch die Planungsbehörde. Ganzheitliche Planung im Zentrum und flexible Haltung in der Unternehmung lassen sich allerdings schwerlich auf einen Nenner bringen. Zielkonflikte sind damit vorprogrammiert, namentlich bei der Lösung praktischer Aufgaben im Alltag.

Ähnlich wie Gorbatschow und im Unterschied zu andern sowjetischen Führern (siehe letzte Nummer) vermied Husak den gefährlichen Begriff der «Reform», der in der ČSSR böse Erinnerungen an die 60er Jahre weckt. Lange vor 1968 fanden wirtschaftliche Reform und Dezentralisierung die Zustimmung der tschechoslowakischen Parteiführung. Prof. Ota Sik, der Pionier der wirtschaftlichen Reformbewegung, hatte bereits am 13. Parteikongress im Juni 1966 darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche Reformen zu politischen Reformen führen:

«Da die Einführung des neuen Systems wirtschaftlicher Verwaltung einen grossen Schritt zur Demokratisierung unserer Gesellschaft bedeutet, . . . wird es notwendig sein, dass vor dem nächsten Kongress eine umfassende Analyse des ganzen Problems der Demokratie innerhalb der Partei und im gesamten politischen und wirtschaftlichen Raum unternommen wird.» Nach der sowjetischen Invasion bezeichnete die Agentur Tass Prof. Sik als «eine der verabscheuungswürdigsten Figuren unter den rechtsextremen revisionistischen Kräften, welche sich mit der Konterrevolution zusammenschlossen.»

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage der politischen Kriterien für die Auswahl wirtschaftlicher Führungskräfte. Husak sprach, als ob berufliche und politische Kriterien deckungsgleich seien: «Wir müssen uns bewusst bleiben, dass die berufliche und politisch-ideologische Ausbildung der Unternehmen angehoben werden muss.»

Vom Standpunkt des Arbeiters aus ist es jedoch eine Tatsache, dass sein Lohn nicht nur von seiner Arbeit, sondern auch vom Erfolg seines Unternehmens abhängt. Husak und Strougal folgten beide Gorbatschow, als sie die «Lohnnivellierung» verwarfen. So Husak: «Die Grundlage für die Erhöhung des Lebensstandards sind die Löhne als das Entgelt für Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit. Die Anwendung dieses Prinzips zeitigt verschiedene Unzulänglichkeiten, vor allem die Lohnnivellierung – ich meine, dies sei das grösste Problem.» Dies ist eine späte und keine unwichtige Einsicht in das Versagen eines Grundprinzips des Marxismus-Leninismus, der im Irrglauben, die am Markt sich messenden Kräfte durch statistische Berechnungen ersetzen zu können, der Sowjetwirtschaft die grösste Krise beschert.

Diese Erkenntnis schockiert die westlichen Bewunderer der sozialistischen Staaten nicht weniger als die Nuklearpolitik kommunistischer Führer. «Wir müssen es bewerkstelligen», sagte Husak, «dass ungefähr 30 Prozent der Elektrizität am Ende des 8. Fünfjahrplanes (d. h. 1990) in Atomkraftwerken produziert wird und mindestens 50 Prozent am Ende des Jahrhunderts. Das wird uns erlauben, die Kohleförderung planmässig zu reduzieren.» Das wiederum

Fortsetzung auf Seite 16

Der Donauraum

Jahrbuch für Donauraumforschung,
27. Jg. 1985

(Als neue Folge der von 1956 bis 1981 erschienenen Zeitschrift für Donauraumforschung.) Herausgegeben vom Forschungsinstitut für den Donauraum, Wien (Vorsitzende: Univ.-Prof. Dr. Felix Ermacora und Univ.-Prof. Dr. Norbert Leser; Generalsekretär: Dr. Georg Rundel; Schriftleitung: Prof. Dr. Theodor Veiter und Dr. Georg Rundel). Wort und Welt Verlag, Innsbruck; 188 Seiten, öS 180.—/Fr. 23.20.

Die Zeitschrift des Forschungsinstitutes für Fragen des Donauraumes — «Der Donauraum» — geht in das dreissigste Jahr ihres Bestandes. Im Jahre 1956 wurde die Zeitschrift als Vierteljahresschrift begründet. Die Zielsetzungen sind über 30 Jahre dieselben geblieben: den über alle Kontinente verstreuten Kreisen, die sich für die vielschichtigen Probleme des Donauraumes interessieren, die seit je und auch in Gegenwart und Zukunft der Donauraum mit seinen mannigfachen Völkern in sich birgt, die erzielten Forschungsergebnisse in sachlicher Weise zu vermitteln.

Das Forschungsinstitut versteht den Donauraum als eine Region, die nicht nur die Länder umfasst, durch die der Donauraum fliesst, sondern auch jene Gebiete, aus denen Flüsse in die Donau münden. Auch die Alpenländer werden dazugerechnet. Daher wurde in der Zeitschrift immer versucht, die gesamte Region zu erfassen, ihre wirtschaftlichen, historischen, staats- und völkerrechtlichen Fragen zu erkennen, zu analysieren und sie zu präsentieren sowie zum Gespräch über die Probleme einzuladen.

Felix Ermacora im Vorwort
zum 27. Jahrgang 1985

Bestellung nimmt entgegen:
Buchhandlung SOI
Postfach
3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 15

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

KPTsch-Kongress

Schluss von Seite 15

ist dringlichstes Gebot angesichts der ökologischen Katastrophe, die in der Tschechoslowakei weiter gediehen ist als in irgend einem westlichen Industrieland.

Proletarischer Internationalismus

Im Gegensatz zu erhöhten Arbeitsanreizen durch eine Entlohnung nach Leistung steht die psychologische Wirkung auf die Arbeiter einer Betonung des «Internationalismus», einer «Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den sozialistischen Bruderländern» im RGW. Für den tschechoslowakischen Arbeiter sind die Genossen Besatzer seine «internationalistischen» Kollegen.

Das erinnert an die Gründung der KPC im Oktober 1921, ein Ereignis, dessen 65. Jahrestag feierlich vorbereitet wird. Die Vorbereitungen sollen nach Auffassung Husaks begleitet sein von einer «Grundwelle des Arbeitseinsatzes und der Initiative» zu Ehren des Jubiläums.

Es ist bemerkenswert, dass es nach der Gründung der Tschechoslowakei im Jahre 1918 als einer der Nachfolgestaaten der Doppelmonarchie drei Jahre dauerte, bis eine kommunistische Partei gebildet werden konnte. Im Gegensatz zu Marxs Behauptung im kommunistischen Manifest, der Arbeiter habe kein Vater-

land, empfanden die tschechoslowakischen Arbeiter, sie hätten nun ein Vaterland, ein Umstand, der sie wohl davon abhielt, sich die Parolen vom «proletarischen Internationalismus» anzuhören. Der tschechische Sozialist Bohumil Smeral hatte den Sachverhalt Lenin persönlich erklärt, aber das waren vor 65 Jahren schreckliche Töne in den Ohren vieler Kommunisten.

Ausblick

Trotz aller schönen Worte über die Überwindung von «Konservatismus und Unbeweglichkeit» fällt die Annahme schwer, der 17. Parteikongress leite grundlegende Reformen ein. Der einzige Wechsel bestand in der Wahl von drei neuen Kandidaten ins Präsidium. Husak ist Parteiführer seit April 1969 und Staatspräsident seit Mai 1975; Strougal ist Ministerpräsident seit Januar 1970. Beide waren Sympathisanten der Reformbewegung der 60er Jahre. Husak wurde zum Ersten Sekretär der Slowakischen Kommunistischen Partei als Nachfolger des diskreditierten Sowjetagenten Vasil Bilak, der jetzt Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Zentralkomitees ist, an jenem ebenfalls ausserordentlichen Kongress der Slowakischen Partei gewählt, der unmittelbar nach der Invasion abgehalten wurde, als sich die slowakischen Delegierten nicht mehr nach Prag begeben konnten. Strougal nahm die Stelle von Oldrich Černik ein, der von den Besatzungstruppen entführt worden war. Beide, Husak und Strougal, haben mittlerweile aus Moskauer Sicht Wohlverhalten bekundet und den sowjetischen Anforderungen für eine Amtsführung in der Tschechoslowakei offensichtlich Genüge geleistet. Der vom Kreml eingeräumte Spielraum ist abgesteckt: Die tschechoslowakische Wirtschaft darf sich in bescheidener Weise entwickeln, aber Bestrebungen zu echten wirtschaftlichen oder politischen Reformen werden schon im Ansatz erstickt. ■

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck Zeitbild 30-24616-5, Banken:
Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 46.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 26.—
Einzelnummer Fr. 2.—

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 50.—/DM 60.—/Luftpost sFr. 55.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 30.—/DM 36.—
Einzelnummer sFr. 2.50/DM 3.—

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 60.—

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller, Ian Tickle, Saulo Herrero, Georg Bruderer, Jürg L. Steinacher, Jacques Baumgartner, Michael Bader, Ulrich Arnd

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreislste Nr. 11

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information
über internationale Entwicklungen

Weitere SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse
der internationalen Lage)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse — Informations —
Commentaires (Artikel für die Presse
Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Nashrat as-Sahafa as-Swisseria
(Artikel für die arabische Presse)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung SOI
Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM
Tatsachen und Meinungen)

Bestellschein für ZEITBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 46.—
(Ausland sFr. 50.—/DM 60.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

9/86

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6